



Niederschrift

43. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. Oktober 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 5 der Tagesordnung: Änderung der "Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen"

Vorlage: 2022/0982

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (31 JA-Stimmen, 8 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 19. Oktober 2022:

Stadtrat Schnell (AfD): Da diese Richtlinie eine Erhöhung der Kita-Beiträge vorsieht, wenngleich auch nicht in der ursprünglich von der Stadt geplanten Höhe, bedeutet dies dennoch de facto eine Abkehr vom hehren Ziel der beitragsfreien Kita, welches der Gemeinderat einst beschlossen hat, auch wenn dies andere Fraktionen nicht zugeben oder wahrhaben wollen. Daher lehnen wir die Neufassung dieser Richtlinie ab. Entsprechendes gilt für den TOP 6, zu dem ich auch gleich spreche. Auch da lehnen wir die Erhöhung der Gebühren ab.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte mich auch auf die Beiträge beziehen, aber gleichzeitig werden natürlich mit der Änderung dieser Richtlinie auch Verschlechterungen, A für Eltern, B auch für die Beschäftigten eintreten. Es mag sein, dass das alles einfach nur der Realität entspricht und dem nachvollzogen wird, aber ich glaube, wünschenswert ist das nicht. Auch deshalb werden wir dagegen stimmen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Jetzt bin ich schon ein bisschen überrascht, dass das jetzt alles kommt, was im Ausschuss nicht kam. Das ist eigentlich diskutiert, ausdiskutiert. Wir haben einen breiten Konsens im Gemeinderat hierzu, dass wir diesen Weg bei den Beiträgen für die Kitas und bei den Beiträgen für die Horte gehen, denn es handelt sich um eine moderate Erhöhung, die gut begründet ist durch die allgemeinen Kostensteigerungen bei Personal- und Sachkosten. Wir haben diese moderate Erhöhung auf Antrag von SPD und GRÜNE eben noch moderater ausgestaltet, als das in der ursprünglichen Verwaltungsvorlage der Fall war. Insoweit sehen wir hier keinen Grund, da jetzt dagegen zu stimmen. Kollegin Binder, vielleicht noch an der Stelle, diese, ich habe leider die Vorlage hier nicht vor mir, diese zusätzlichen Tage, die zusätzlichen Schließtage, die heißen auch auf der anderen Seite, dass die Kita-Betreuer*innen, die ja nun auch in den letzten Jahren keine sehr einfache Zeit hinter sich hatten, sondern unter Hochdruck, unter großem Stress in den Einrichtungen gearbeitet haben und auch bei den Corona-Maßnahmen nicht immer diejenigen waren, die also sofort mitbedacht waren, ... Wenn wir da jetzt dagegen stimmen würden, was überhaupt keinen Sinn ergibt, dann würden wir ja auch denen sagen, ihr habt jetzt in Zukunft weniger oder nicht zusätzliche Regenerationszeit. Ich war eigentlich immer der Meinung, dass DIE LINKEN solche Tarifabschlüsse insgesamt doch unterstützen. Man lernt nie aus.

Stadtrat Kalmbach (FWJFÜR): Ich glaube, ich war der Einzige oder wir waren die Einzigen, die immer an dieser Stelle gesagt haben, wir wollen die Eltern stärker beteiligen, besonders die, die Geld haben. Wir ignorieren, dass annähernd 50 Prozent der Eltern beitragsfrei ihre Kinder bringen können, und das dürfen wir nicht vergessen. Deswegen an dieser Stelle, wir belasten unseren Haushalt deutlich, permanent und fortwährend, deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich möchte es jetzt einfach doch noch mal aufrufen, weil, also der Mindestpersonalschlüssel kann ausnahmsweise um bis zu 20 Prozent unterschritten werden. Schon allein das zeigt, wie viel höher belastet die Beschäftigten werden, und das ist leider eine Realität, der sie heute schon ausgesetzt sind, und ich schreibe das damit dann auch fest, das halte ich nicht für gut. Das Ziel müsste sein, eigentlich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, und mit der Richtlinie sehe ich das nicht als gegeben an.

Der Vorsitzende: Ich möchte doch nur einmal darauf hinweisen, diese Schließtage sind Ergebnis der Tarifabschlüsse, die zum Wohle der Beschäftigten so umgesetzt werden. Das Problem bei der Debatte ist, lassen wir Kinder ohne diese Bildungschance, schicken wir Kinder wieder heim, weil wir Personalmangel haben oder versuchen wir jetzt eine Lösung - also, dieser Hintergrund verbirgt sich dahinter oder dieser Hintergrund führt dazu, dass im Moment auch auf Landesebene anderswo über Vergrößerung der Gruppen und auch gegebenenfalls des Betriebs trotz Unterversorgung, hier diskutiert wird. Das hat was mit einer Baden-Württembergischen Entwicklung insgesamt zu tun. Ich weiß, dass man damit den Mitarbeitenden eventuell vorübergehend mehr aufbürdet. Ich halte es sachlich auch für durchaus kritisch. Ich würde es aber auch für kritisch halten, wenn man jetzt die Kinder teilweise gar nicht versorgt oder auch Gruppen über lange Zeit schließen muss. Das ist am Ende eine Abwägung zwischen verschiedenen nicht besonders günstigen Entwicklungen, und da hat man sich landesweit jetzt eben für diesen Weg entschieden, letztlich zum Wohle der Kinder.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte nur noch einen Satz noch dazu sagen. Dieses ist eine Möglichkeit, das heißt also, es werden nicht die Kindertagesstätten, die Gruppen,

praktisch alle im Land vergrößert, sondern es wird eine Möglichkeit geschaffen, dass da, wo die Not vor Ort sehr groß ist, vorübergehend die Gruppen vergrößert werden. Das wäre sonst nicht zulässig nach dem KVJS, und diese Möglichkeit soll helfen, dass insbesondere da Kinder, die eine Betreuung dringend notwendig hätten, dass sie nicht außen vor bleiben müssen. Selbstverständlich muss daran gearbeitet werden, diesen Erzieher*innen-Mangel zu beenden, aber leider Gottes ist es so, dass wir nicht genügend junge Menschen finden, die diesen Beruf ergreifen wollen in der Zeit. Deshalb haben wir da einen großen Handlungsbedarf, aber es ist nicht so und ich betone es extra, dass deshalb die Gruppenstärke in den Kitas prinzipiell erhöht werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Der Vorsitzende: Es soll eher vor der Situation bewahren, dass wir dem Träger verbieten müssen, die Kindergruppen aufrechtzuerhalten, obwohl er sich selber das zutraut. Also, ein Stück weit ist es auch die Entscheidung des einzelnen Trägers, wie er damit umgeht. Diese Optionen werden jetzt etwas geweitet, aber letztlich hat er natürlich auch eventuell gute Gründe, zu sagen, dann mache ich den Betrieb lieber nicht, aber dann sind die Kinder unversorgt. Das wollen wir ja an der Stelle auch nicht.

Okay, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt 5. Es ist ja kein Antrag, sondern eine Beschlussvorlage der Verwaltung, und die steht jetzt hier zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Eine mehrheitliche Zustimmung, besten Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. November 2022